

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2025-1	Informationsbrief	Seite
	Editorial <i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
	In memoriam Frau Dr. Inge Kuller	2
	„Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“ <i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
	Ökumene-Kardinal: „Es geht um einen ehrlichen Dialog“	4
	Worauf es beim Beten ankommt <i>Prof. Dr. Joel White</i>	8
	Kirche neu denken <i>Prof. Dr. Peter Zimmerling</i>	8
	Was ist gut? <i>Helmut Matthies</i>	10
	Kinder im Visier von Porno, Trans & Co. <i>DemoFürAlle</i>	10
	Die Umformung unserer Gesellschaft <i>Klaus Kelle</i>	13
	Gendern als Vehikel der Gender-Ideologie <i>Bolko v. Bonin</i>	14
	Lieber Opfer machen als Opfer werden! <i>Michael Kotsch</i>	15
	Organspende – Widerspruchslösung? <i>Bolko v. Bonin</i>	17
	Beunruhigende Entwicklungen <i>Daniel Scholaster</i>	18
	Nachrichten	19
	Glaube, Bibel und Bekenntnis	19
	<i>Für jeden Vierten ist die Bibel Gottes unfehlbares Wort</i>	19
	<i>Jeder Zweite findet Religion für seine Identität nicht wichtig</i>	19
	Kirche: Keine andere Institution ist im Ton so „bevormundend“	20
	Christenverfolgung	21
	<i>Lage der Christen weltweit verschlechtert</i>	21
	<i>Christen werden auch hier von radikalen Muslimen terrorisiert</i>	22
	Lebensschutz	23
	<i>„Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit“</i>	23
	<i>Mehrere Verbände fordern Legalisierung von Abtreibungen</i>	23
	<i>Bestrebungen, Abtreibungen weitgehend zu legalisieren</i>	25
	<i>Theologische Begründung des EKD-Rates zu seiner Stellungnahme</i>	27
	<i>Abtreibungsrecht: Rat der EKD und Bischofskonferenz uneins</i>	28
	Integration von Muslimen	29
	<i>‘Arche‘-Sprecher fordert Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen</i>	29
	Aufgelesen: Das „C“ gehört zur Leitkultur in Deutschland	30
	Literaturhinweise, Veranstaltungshinweise	31
	Zum Nachdenken, Impressum	32

Editorial *Pfr. Dieter Kuller*

Liebe Leserinnen und Leser,

der Versand dieses ersten InfoBriefes im neuen Jahr brauchte etwas mehr Zeit. Meine Frau und ich wollten schon länger einen Ortswechsel in die Nähe unserer Tochter und Enkel vornehmen. Durch den plötzlichen Tod meiner Frau hat sich der Umzug schneller ergeben. Seit dem 17. Dezember 2024 wohne ich im Deutschordenshaus, Ägidienplatz 6, 93047 Regensburg.

Der Umzug und das Ausräumen der alten Wohnung beschäftigten mich und meine Familie sicher noch längere Zeit. Termine der LGM wie Sitzungen und schriftliche Arbeiten verzögern sich, sind aber dank der intensiven Mitarbeit meines Mitvorsitzenden Herrn von Bonin möglich. Auch für die LGM gilt die Jahreslosung: „Prüft alles und behaltet das Gute!“

Wir hoffen, dass wir Sie mit unseren Nachrichten und Informationen im Vertrauen auf das Zeugnis der Heiligen Schrift ermutigen und bestärken. Ich grüße Sie mit dem Ostergruß der ersten Christen „*Der Herr ist wahrhaftig auferstanden*“ (Lk 24,34) und wünsche Ihnen eine gesegnete Passions- und Osterzeit

Ihr Pfarrer D. Kuller

In memoriam Frau Dr. Inge Kuller

Am 25. November 2024 ist das Mitglied der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE München, Dr. Inge Kuller in den Frieden Gottes heimgerufen worden. Wir wissen sie geborgen beim HERRN über Leben und Tod und wollen deshalb nicht nur trauern, sondern auch dankbar ihrer wertvollen Unterstützung unserer Arbeit an der Seite von Pfr. Dieter Kuller gedenken. Sie hinterlässt eine große Lücke.

RiP

„Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“ (Lk 23,43)

Pfr. Dieter Kuller

Wer spricht heute noch vom Paradies? Für Politiker ist das kein Thema, und selbst in der Kirche traut sich kaum jemand darüber zu predigen. Gibt es überhaupt ein Paradies, und wenn ja, ist es nicht seit Adam und Eva verschlossen? (1. Mose 3,23f)

Das Paradies begegnet uns in der Bibel wieder, wo wir es am wenigsten erwarten: in der Passions-geschichte Jesu. Der Evangelist Lukas berichtet von den zwei Übeltätern, die mit Jesus gekreuzigt wurden. Die drei am Kreuz Hängenden führen ein Gespräch. Einer der Übeltäter glaubt an Jesus und bittet ihn: „Jesus, gedenke an mich, wenn du in dein Reich kommst.“ (Lk 23,42) Jesus antwortet ihm: „Wahrlich, ich sage dir: Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“ Am Kreuz hängend, den Tod vor Augen, spricht er vom Paradies! Wir kennen diese Szene, sie führt ins Zentrum unseres Glaubens. Doch für uns ist der Gedanke an das Paradies weit weg angesichts der Nachrichten, die uns täglich erreichen. Es scheint absurd, angesichts von Krieg und Klimawandel, Umweltzerstörung und Artensterben vom Paradies zu sprechen. Aber Jesus sprach – am Kreuz hängend – vom nahen Paradies, während seine Gegner ihn verspotteten. Für Jesus kam noch etwas dazu: Er wusste natürlich, warum die beiden neben ihm am Kreuz hingen. Einer von ihnen nutzte die letzte Chance seines Lebens, und Jesus nahm ihn auf: „Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“

Wo ist dieses Paradies, von dem Jesus hier spricht? Wir wüssten gerne etwas mehr darüber. In der Bibel kommt das Wort nur dreimal vor. Paulus schreibt von sich im 2. Korintherbrief 12,4: „Ich kenne einen Menschen, ob es im Leib oder außer dem Leib gewesen ist, weiß ich nicht, Gott weiß es – der wurde entrückt in das Paradies und hörte unaussprechliche Worte, die kein Mensch sagen kann.“ Hier geht es um ein ganz persönliches Erlebnis des Apostels, das sich nicht übertragen lässt. Dann ist noch in der Offenbarung des Johannes kurz vom Paradies die Rede: „Wer Ohren hat, der höre, was der Geist den Gemeinden sagt! Wer überwindet, dem will ich zu essen geben von dem Baum des Lebens, der im Paradies Gottes ist.“ (Offb. 2,7 und 1. Mose 2,9) Der Baum des Lebens steht im Garten Eden, wie er in 1.Mose 9 beschrieben wird. Jesus spricht aber weder vom Baum des Lebens noch vom Garten Eden, sondern vom Paradies.

Es gibt noch einen Menschen, der Tod und Leben so nahe zusammensieht: der schon genannte Apostel Paulus. Was er im 1. Korintherbrief, Kap.15 über Tod und Auferstehung schreibt, ist die Erklärung der Geschehnisse am Kreuz von Golgatha. Paulus bemüht sich um genauere Angaben über die Auferstehung: „Es wird gesät verweslich und wird auferstehen unverweslich (15,42), es wird gesät ein natürlicher Leib und wird auferstehen ein geistlicher Leib“ (15,44).

Manche Leser irritiert, dass Paulus von der Auferstehung Jesu am dritten Tag schreibt (15,4), während Jesus zu dem Schächer am Kreuz sagt: „Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“ Es gibt eine einfache Erklärung: Das Paradies kennt keine Zeitangaben. Paulus schreibt historisch, Jesus spricht im Blick auf sein Reich (Lk 23,42f). So haben beide recht. Beide bezeugen: Das Evangelium ist stärker als der Tod. Paulus schreibt: „Nun aber ist Christus auferstanden von den Toten als Erstling unter denen, die entschlafen sind. (1. Kor 15,20) Jesus verspricht dem Übeltäter: „Heute wirst du mit mir im Paradies sein.“ Das Paradies ist wieder geöffnet!

Ökumene-Kardinal: „Es geht um einen ehrlichen Dialog“

(IDEA) Der Schweizer Kurt Kardinal Koch (74) ist der „Ökumene-Minister“ des Vatikans. IDEA-Leiterin Daniela Städter hat mit ihm am Rande des 10. Ökumenischen Bekenntniskongresses der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG) in Hofgeismar gesprochen. Bei dem Kongress stand das Nizänische Glaubensbekenntnis (EG, S. 1550) im Mittelpunkt.

IDEA: Was bedeutet für Sie Einheit der Christen?

Kardinal Koch: Die Einheit der Christen hängt davon ab, dass wir die Einheit im Glauben wiederfinden. Denn die Einheit bezieht sich auf den apostolischen Glauben, der jedem neuen Mitglied am Leibe Christi bei der Taufe übergeben und anvertraut wird. Ein wichtiges Dokument ist dabei das Nizänische Glaubensbekenntnis, das vor 1.700 Jahren verkündet worden ist und uns mit allen Christen und Kirchen verbindet. Das Jubiläumsjahr 2025 ist eine willkommene Gelegenheit, diesen apostolischen Glauben gemeinsam zu bekennen.

IDEA: Wie kann das gelingen?

Kardinal Koch: Die größte Herausforderung besteht darin, dass alle die Einheit wollen und sie suchen. Die verschiedenen Kirchen verstehen freilich darunter Verschiedenes. Denn wir haben keinen wirklichen Konsens darüber, worin das Ziel der Ökumene besteht. Dies hängt damit zusammen, dass jede Kirche ihre eigene Vorstellung von ihrem Kirche-Sein und von ihrer Einheit hat und deshalb auch bestrebt ist, ihre konfessionelle Sicht der Einheit als Ziel der Ökumene anzunehmen. Wir müssen deshalb jetzt intensiv miteinander ins Gespräch über die Fragen kommen: Was ist Kirche? Wer ist Kirche? Wo ist Kirche?

IDEA: *Und was ist Kirche für Sie?*

Kardinal Koch: Für die katholische Kirche ist die Einheit zu suchen im gemeinsamen Glauben, in der gemeinsamen Feier der Sakramente und in der Anerkennung der Ämter.

IDEA: *Da wird es schwierig.*

Kardinal Koch: Ja. Aber notwendig.

IDEA: *Welche „Kröte“ müssten Protestanten schlucken, damit das funktioniert?*

Kardinal Koch: Es geht nicht um das Schlucken von Kröten, sondern es geht um einen ehrlichen Dialog: Wie sehen wir die Hinterlassenschaft des Glaubens in der Tradition? Was ist uns gemeinsam? Was trennt uns noch? Bei dem Trennenden müssen wir schauen, wie wir es überwinden können.

IDEA: *Aber wie realistisch ist es denn, dass das jemals gelingt – etwa beim Amtsverständnis?*

Kardinal Koch: Das ist eine entscheidende Frage, weil die Anerkennung der Ämter auch die Voraussetzung für die Abendmahlsgemeinschaft ist. Und deshalb ist es notwendig, über diese Frage miteinander ins Gespräch zu kommen. Da enthält z. B. das Konzil von Nizäa einen sehr wichtigen gemeinsamen Aspekt, denn es war eine Versammlung von Bischöfen. Auch die Bekenntnisschrift Augsburger Konfession, die Confessio Augustana, hat bedeutsame Aussagen über das Bischofsamt, die uns Katholiken sehr nahe sind.

IDEA: *In Deutschland haben EKD und die Deutsche Bischofskonferenz ein Ökumene-Papier veröffentlicht: „Mehr Sichtbarkeit in der Einheit und mehr Versöhnung in der Verschiedenheit“. Es beschreibt nüchtern den Zustand: Vor Ort funktioniere Ökumene oftmals gut, man wolle aber nicht auf Fortschritte schießen. Denn beim Amtsverständnis werde sich an der Verschiedenheit erst mal nichts ändern. Wird Ökumene somit begrenzt auf Caritas, Diakonie, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit – Pragmatismus statt Vertiefung?*

Kardinal Koch: Diese Themen sind gewiss sehr wichtig. Denn wir müssen auch bei den grundlegenden ethischen Fragen versuchen, eine gemeinsame Stimme zu gewinnen. Denn je heterogener die Stimmen der christlichen Kirchen in Europa sind, desto schwächer wird das Glaubenszeugnis. Deshalb braucht es auch die Ökumene in der Praxis.

Sie ist allerdings keine Alternative zur theologischen Ökumene, bei der es um die Aufarbeitung der Differenzen im Glaubensverständnis geht. Mir ist wichtig, dass man das Ganze sieht.

IDEA: Und passiert das aus Ihrer Sicht in diesem Papier?

Kardinal Koch: Nach meinem Empfinden geht es nicht so weit, wie ich es mir wünschen würde.

IDEA: Was wünschen Sie sich?

Kardinal Koch: Dass man intensiver der Frage „Was ist denn Einheit?“ nachgeht. Es geht im Text häufig um die Frage „Auf welchem Weg sind wir?“. Dies ist gewiss eine wichtige Frage. Aber ich muss doch auch nach dem Ziel fragen. Wenn ich z. B. auf dem Flughafen in Rom bin und nicht weiß, wohin ich fliegen soll, dann muss ich mich nicht wundern, wenn ich in Madrid lande und nicht in München.

IDEA: Evangelikale setzen bei der Beurteilung der katholischen Kirche unterschiedliche Schwerpunkte. Die einen schauen auf das Verbindende und wollen eine Jesus-Ökumene leben. Die anderen verweisen auf das, was aus ihrer Sicht nicht biblisch ist – Stichwort Marienverehrung und Stellung des Papstes.

Kardinal Koch: Wir könnten zu beiden Themen die Heilige Schrift gemeinsam lesen. Eine Marienverehrung kommt bereits in der Bibel vor: Das Magnificat im Lukasevangelium 1,46–55. Dort singt Maria, dass alle Geschlechter sie preisen werden. Insofern verstehe ich nicht, dass man sagen kann, Marienverehrung habe mit der Heiligen Schrift gar nichts zu tun.

Wir haben in der Heiligen Schrift in Matthäus 16, 18 auch die große Verheißung Jesu an Petrus: „Auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen.“ Ich lade ein, dass wir dazu miteinander die Heilige Schrift lesen und darüber ins Gespräch kommen.

IDEA: Wird in der katholischen Kirche Maria angebetet?

Kardinal Koch: Nein.

IDEA: Das heißt konkret?

Kardinal Koch: Nur Gott kann angebetet werden. Wir verehren Maria. Das ist ein grundlegender Unterschied. Wir bitten Maria, dass sie dasselbe tut, was sie bei der Hochzeit zu Kana getan hat. Dort ist sie diejenige, die sich um die Sorge der Hochzeitsleute kümmert, weil ihnen der Wein ausgegangen ist. Sie geht dann zum Herrn und sagt: „Sie haben keinen Wein mehr.“ Und den Dienern sagt sie: „Was er euch sagt, das tut.“ Maria führt uns zu Jesus. Sie hat kein anderes Anliegen. Sie können

dazu auch die sehr schönen Marien-Traktate der Reformatoren – Martin Luther, Johannes Calvin, Ulrich Zwingli – lesen.

IDEA: Lassen sich Protestanten dadurch überzeugen?

Kardinal Koch: Es ist mir persönlich bislang einmal gelungen, jemanden zu überzeugen. Ich war früher einmal Militärpfarrer. Damals hatte ich auch einen protestantischen Kollegen. Am Abend waren wir in demselben Zimmer, und wenn er das Abendgebet sprach, hat er auch ein Foto seiner Frau vor sich hingelegt. Dann habe ich zu ihm gesagt: „Ich bin zwar nicht verheiratet, aber wenn ich verheiratet wäre, würde ich meine Frau nie anbeten.“ Er sagte: „Spinnst Du? Ich bete doch meine Frau nicht an. Aber ich habe ihr Bild vor mir, und dann ist sie mir gegenwärtig.“ Meine Antwort: „Genau das tun wir mit den Heiligen und mit Maria.“ Quelle vieler Missverständnisse ist, dass man die katholische Kirche gar nicht kennt, sondern von Vorurteilen lebt. Deshalb ist es so wichtig, dass man miteinander ins Gespräch kommt.

IDEA: Ein Thema, das Sie seit vielen Jahren bewegt, ist die Ökumene der Märtyrer.

Kardinal Koch: Bei aller Tragik ist dies für mich die positivste Entwicklung in der Ökumene. Aktuell sind wir Christen die am meisten verfolgte Glaubensgemeinschaft: 80% aller Menschen, die aus Glaubensgründen verfolgt werden, sind Christen. Wir haben heute mehr Christenverfolgungen als in den ersten Jahrhunderten nach Christus. Diese Verfolgung ist ökumenisch. Denn Christen werden nicht verfolgt, weil sie Lutheraner, Reformierte, Katholiken oder Orthodoxe sind, sondern weil sie Christen sind. Die Christen, die wegen ihres Glaubens an Christus ihr Leben hingegeben haben, einen uns. Es hat in der frühen Kirche bei Tertullian die folgende Aussage gegeben: „Das Blut der Märtyrer ist Same für neue Christen.“ Ich glaube, dass das Blut von so vielen Märtyrern in der heutigen Christenheit auch ein guter Same für die künftige Einheit der Christen sein wird. Deshalb ist für mich die Ökumene der Märtyrer eine der wichtigsten Themen in der Ökumene heute.

IDEA: Welche konkreten Schritte können ein tieferes Verständnis und eine engere Zusammenarbeit von Christen fördern?

Kardinal Koch: Das erste Ökumenische Konzil fand vor 1.700 Jahren statt, also noch vor den Kirchenspaltungen. Nizäa ist deshalb ein Konzil, das alle Kirchen verbindet. Damals ist es der Kirche gelungen, in einer ganz schwierigen Situation den Christusglauben zu bekennen.

Wenn im Jahre 2025 alle Kirchen diesen Jahrestag gemeinsam begehen und sich das christologische Bekenntnis von Nizäa neu aneignen, wäre das ein ganz wichtiger Schritt.

Wichtig ist auch das Jahr 2030: 500 Jahre Augsburger Reichstag und die Verabschiedung der Confessio Augustana. Sie ist in der Geschichte zur ersten Bekenntnisschrift der Lutheraner geworden. Das war sie aber damals gerade nicht. Sie war ein gemeinsames Bekenntnis, in dem die sogenannten „Neugläubigen“ den „Altgläubigen“ zeigen wollten: Wir teilen denselben Glauben. Insofern ist die CA ein gemeinsames christliches Glaubensbekenntnis. Wenn wir dieses Bekenntnis gemeinsam lesen und bedenken, können wir neue Wege zur Einheit finden.

IDEA: Vielen Dank für das Gespräch!

Worauf es beim Beten ankommt *Prof. Dr. Joel White*

(IDEA) Ein stilles Stoßgebet hat genauso viel Gewicht wie ein lang ausformuliertes Gebet. Für Gott kommt es nicht auf die Anzahl der Worte an, sondern auf die Aufrichtigkeit des Beters. „Jedes Gebet ist gleich viel wert, das aus ehrlichem Herzen kommt, an Gott gerichtet ist und diese Abhängigkeit von unserem Schöpfer und Heiland zum Ausdruck bringt“.

Anlass war eine Zuhörerfrage zum vermeintlichen Widerspruch zwischen der Aufforderung Jesu, nicht viele Worte im Gebet zu machen (Mat 6,7), und dem Gebot des unablässigen Betens (1. Thess 5,17).

Eine Obergrenze für Gebete gebe es nicht, sagte der Dozent für Neues Testament an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen. Eine Untergrenze gebe es insofern, als dass Gebet zum Christsein dazugehöre und nicht vernachlässigt werden solle.

Jesus wende sich gegen floskelhaftes Beten und öffentliche Selbstdarstellung. Zudem sei Beten in der Antike oft mit magischem Denken verbunden gewesen, wonach Gebete erst durch bestimmte Formulierungen gültig würden. Auch das weise Jesus zurück. Die Forderung, ohne Unterlass zu beten, richte sich an die Gemeinde als Ganzes, betonte der Theologe. „Und das heißt, manche werden mehr beten als andere.“

Kirche neu denken *Prof. Dr. Peter Zimmerling*

(IDEA) Über **die Zukunft der Kirchen in Deutschland**

Ich lebe seit fast 20 Jahren in Leipzig, einer Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger zu 85% keiner christlichen Kirche angehören. Nur ungefähr 11% sind Mitglieder der Evang.-Lutherischen Landeskirche

Sachsens und 4% gehören zur römisch-katholischen Kirche. Vielleicht hilft der ostdeutsche Blick, die Zukunft der Kirchen in Deutschland ungeschminkter wahrzunehmen, als das vom Westen aus möglich ist.

Die Gemeinde vor Ort wurde vernachlässigt

Wenn die reformatorische Forderung nach dem allgemeinen Priestertum keine Ideologie ist, folgt daraus die Notwendigkeit einer geistlich mündigen Gemeinde. In der Konsequenz muss die Fokussierung der bisherigen kirchlichen Reformprozesse auf Strukturen zugunsten der Orientierung an der christlichen Gemeinde bzw. der gelebten Gemeinschaft umgekehrt werden.

In den vergangenen Jahren ist die Gemeinde vor Ort auf Kosten übergeordneter, regionaler Strukturen vernachlässigt worden. In den kommenden Jahren wird der Mangel an Hauptamtlichen diesen Trend noch verstärken. Um keine weißen Flecken kirchlich unversorgter Gebiete entstehen zu lassen, wird das von Geistlichen zu versorgende Gemeindegebiet nach und nach weiter vergrößert werden – je nach personellen und finanziellen Ressourcen einer Kirche in unterschiedlichem Maße.

Vom Neuen Testament, aber auch von der reformatorischen Theologie her, ist deshalb ein weiterer Paradigmenwechsel notwendig: die kirchenamtliche Verabschiedung von der Vorstellung der flächendeckenden pastoralen Versorgung. Sukzessive, in einem längerfristigen Umbauprozess, sollten nur noch Gemeinden bestehen bleiben, die wirkliche Gemeinschaft bieten. Drastisch formuliert: Alle Kirchen, in denen kein Leben ist, müssen zugenanagelt werden. Ausdrücklich möchte ich festhalten: Neben traditionellen Parochialgemeinden sind für mich dabei viele Formen von Gemeinde denkbar.

Von den Freikirchen lernen

Sinnvoll wäre eine Veränderung der kirchlichen Finanzstruktur: Alles Geld sollte zunächst der jeweiligen Einzelgemeinde zukommen und von dort ein bestimmter Prozentsatz für die Unterstützung finanzschwacher Gemeinden und übergemeindlicher Aufgaben bereitgestellt werden. Daraus ergibt sich logisch der Rückbau der kirchlichen Verwaltungsstrukturen, der auch angesichts abnehmender Kirchenmitgliedschaftszahlen naheliegend ist. Gerade an dieser Stelle lohnt es sich, dass die Landeskirchen bei den Freikirchen in die Schule gehen.

Peter Zimmerling ist Professor für Praktische Theologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig und Autor mehrerer Bücher (u. a. „Morgen Kirche sein“).

Was ist gut? Helmut Matthies

„Prüft alles und behaltet das Gute“ (1. Thess 5,21)

(IDEA) Dieses Zitat hat die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen als Jahreslosung für 2025 ausgewählt. Doch was soll an diesem Allerweltsmotto besonders christlich sein, wird sich der ein oder andere fragen? Deshalb ist der Zusammenhang wichtig, in dem der Vers steht. Der Apostel Paulus schreibt diesen Prüfauftrag in seinem 1. Brief an die von ihm gegründete Gemeinde in der griechischen Handelsmetropole Thessalonich. Sie erlebt Anfechtungen aufgrund von Irrlehren. In dieser Situation ermutigt sie Paulus, gelassen zu bleiben: Sie soll erst mal alles prüfen und nur das, was gut ist, behalten. Was aber ist gut?

Das Passwort für den Himmel

Wissenschaftler schätzen: Jeder Mensch muss täglich bis zu 35.000-mal eine Entscheidung treffen. Auch wenn sie meist unbewusst erfolgt, bleibt oft die Qual der Wahl. Christen haben nun mehrere Kriterien, nach denen sie urteilen sollten. Theologisch etwa ist alles gut und biblisch, was dem allen Kirchen gemeinsamen Apostolischen Glaubensbekenntnis entspricht. Im Alltag helfen uns vor allem die Zehn Gebote. Jesus verheißt sogar, dass manche Entscheidungen glücklich (selig) machen. In seinen Seligpreisungen (Mat 5 und Lk 6) heißt es: Glückliche ist, wer Frieden stiftet, barmherzig und gerecht ist sowie alles von Gott erwartet. Im Gespräch mit Muslimen höre ich oft, der christliche Glaube sei viel zu kompliziert. Deshalb ein kurzes Prüfkriterium sogar für das Allerbeste, was auf Christen zukommt: die Ewigkeit bei Gott im Himmel. Um sie zu erleben, reicht als Passwort: „Sich zu Christus bekennen und Gutes tun.“ Mehr braucht es nicht! Ich wünsche Ihnen, dass Sie 2025 fröhlich prüfen und viel Gutes dabei finden. Gott segne Sie dabei!

(Helmut Matthies ist Vorstandsvorsitzender von IDEA).

Kinder im Visier von Porno, Trans & Co. DemoFürAlle

So lautet der Titel eines Symposiums mit hochkarätigen Referenten, zu dem DemoFürAlle im November nach Echterdingen eingeladen hatte.

Der folgende (gekürzte) Bericht zeigt fachlich fundiert, dass der Trans-Hype mit großen Gefahren einhergeht.

„Die Änderung der Geschlechtsidentität vor dem Hintergrund der Evolution“

Der Vortrag des Mediziners (Gynäkologe, Geburtshelfer Endokrinologe) und Theologen Prof. DDr. Johannes Huber war gespickt mit

medizinischen und politischen Details zum Trans-Kult und hatte eine simple These: Mann ungleich Frau! - heute eine Provokation.

Huber führte seinem Publikum die hochkomplexen biologischen und evolutionären Unterschiede zwischen Frau und Mann vor Augen, um süffisant festzustellen, dass nur die „Unbelesenen in der Politik“ auf den Gedanken verfallen könnten, dass man sein Geschlecht innerhalb von Minuten auf dem Standesamt wechseln könne.

Sein Ansatz als Wissenschaftler sei es, Fakten aus neutraler Sicht zu präsentieren – etwa zu der mangelnden Evidenz von Pubertätsblockern und Hormonbehandlungen und zu den extremen Risiken, die mit solchen Behandlungen einhergingen. Immer wieder erlebe er jedoch, dass warnende und kritische Stimmen nicht zu Gehör kommen sollen, dass also „die inquisitorische Einschränkung der Meinungsfreiheit auch vor der Wissenschaft nicht mehr Halt macht.“

In seinem Überblick über die medizinische Studienlage zum Thema Transgender betonte Huber, dass der Wunsch „im anderen Geschlecht“ zu leben sehr instabil und in einer Mehrzahl der Fälle nicht fortbestehend sei. Auch seien die Zahlen zur Komorbidität ein Warnsignal: 67% der Jungen und 78% der Mädchen hätten zuvor schon länger mit Depressionen, Angststörungen oder der „emotional instabilen Persönlichkeitsstörung vom Borderline-Typ“ zu kämpfen.

Die emotionale Kurzschlussreaktion der Jugendlichen sei offensichtlich: Sie nehmen an, sie könnten ihre aus ihrer Bindungsbiografie resultierenden Probleme lösen, indem sie ihr Geschlecht änderten, erklärte Huber. Doch die Selbstdiagnose „ich bin trans“ ist nicht nur eine psychologisch irrsinnige Annahme, sondern oft folgt dann die fatale und lebensgefährliche Entscheidung zur medizinischen Transition. Huber lieferte dazu reihenweise Einblicke in die hochaktuelle Forschung zur Transgender-Therapie mit Pubertätsblockern und gegengeschlechtlichen Hormonen und zeigte die Gefahren hinsichtlich Krebsrisiko, Hirnentwicklung sowie Herz- und Knochenentwicklung auf.

Völlig unverständlich sei es für ihn, dass die psychologische Hilfe für betroffene Jugendliche abgeschafft worden sei und sie stattdessen mit dem sie völlig überfordernden Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) alleingelassen würden.

„Ich bin sehr dafür, dass man Menschen hilft, die Beschwerden haben.“

Dass man allerdings in die Kindergärten geht und in die Schulen und dort Werbung macht“ – hier blendet Huber Folien zur Transgender-Indoktrination in Kitas und Schulen ein – „das ist meiner Meinung nach ein ganz großes Problem!“

„Die zerstörerische Kraft der sexuellen Revolution war Absicht“

Der Religionsphilosoph Prof. DDr. Daniel von Wachter fragte, was steckt hinter dem Trans-Kult? Warum fördert der Staat die offensive Sexualisierung und LSBT-Indoktrination in Kitas und Schulen und warum verdrängen die meisten Menschen das Offensichtliche?

Seine Einschätzung ist, dass sie davon ausgehen, die Verantwortlichen meinten es auf ihre Art doch gut und seien nur etwas über das Ziel hinausgeschossen. Perverse Sexualpädagogik und Kita-Konzepte mit Masturbationsräumen müssten doch auf einem Irrtum beruhen. Mit guten Argumenten müsse sich doch alles klären lassen. Das geschieht jedoch nicht. Prof. v. Wachter sieht als treibende Ideologie die radikalen Sexualisierungsprogramme der Frankfurter Schule) und belegt das mit der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus. Als Beispiel nannte v. Wachter das Werk von Wilhelm Reich: *„Die Sexualität im Kulturkampf - Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen“*, das nachhaltige Wirkung in der „sexuellen Revolution“ entfaltete.

Mit einer Mischung aus persönlicher Missgunst, destruktiver Agenda und Machtstreben fokussieren sich westliche Marxisten bis heute auf die Sexualisierung von Kindern und die Eltern-Kind-Bindung. Die sexuelle Revolution hat gewirkt.

Die Lebensgeschichte einer direkt Betroffenen

Eine Bestätigung erfuhrt das bisher gesagte durch Sophie Griebel, die den Weg der Transition gegangen ist, ihn aber später bereute und heute wieder als Frau lebt. Sie schilderte die erschütternden Ereignisse in ihrer Kindheit, die sie dazu brachten, ihren weiblichen Körper zutiefst abzulehnen.

Zum SBGG meinte die Trans-Aussteigerin: Das neue Gesetz sei für die minderjährigen Betroffenen ein „Unding“, denn der neue Name ändere am seelischen Dilemma nichts. Das SBGG würde die Realitätsflucht der Betroffenen nur noch verstärken und sie in ihrer Scheinwelt festhalten. Es müssen nicht immer, wie bei ihr damals, die ganz schlimmen Geschichten mit Missbrauch oder Vernachlässigung sein, die dazu führen, dass sich ein Kind in die Trans-Welt flüchte, wobei es gar nicht wisse, was es da eigentlich tut.

Manchmal sei das Kind oder der Teenager nur ausgehungert nach Nähe und Bindung. In völliger Überzeugung, ein glücklicher Mensch zu werden – die allgegenwärtige Trans-Propaganda spiele hier mit hinein – gingen diese jungen Menschen nun zum Standesamt. Der Wunsch, endlich irgendwo dazu zu gehören, sei zugleich ein Hilfeschrei. In Griebels Fall wurde er nicht gehört. Ihr Therapeut hatte ihre Verblendung und Überzeugung nicht ansatzweise hinterfragt.

„Pornografiekonsum und eine Kultur des Missbrauchs“

Der Vortrag von Diplompsychologin Tabea Freitag zeigt, dass Pornografie alle zwischenmenschlichen Bereiche prägt und ein Angriff auf die Würde des Menschen ist. In den vergangenen zehn Jahren seien über das Smartphone nahezu alle Kinder in immer jüngerem Alter mit Pornografie konfrontiert. Wenn junge Männer nichts Verwerfliches dabei finden, als ‚Account Manager‘ und ‚Content Creator‘ die digitale Prostitution von jungen Frauen auf only fans zu optimieren, könne man erahnen, was in dieser Generation Pornos für eine Prägekraft entfaltet haben.

Angesichts der Gewalt und der entwürdigenden Objektivierung von Frauen, die in Pornos allgegenwärtig sei, „wundere ich mich nicht, dass viele Mädchen keine Mädchen mehr sein wollen“ und wies mahnend auf die explodierenden Fallzahlen in Transgender-Kliniken.

„Kinder wirksam schützen“

Zum Schluss referierte die Logopädin und Vorsitzende des Vereins Nestbau e.V. Romy Richter über „Kinder wirksam schützen: Chancen gelebter Elternschaft“ mit der zuversichtlichen Botschaft: Sicher gebundene Kinder haben einen starken inneren Schutzschild gegen die pervertierten Angriffe auf ihre Seele.

Tabea Freitag stellte ihr Praxishandbuch ‚Fit for Love?‘ zur Prävention von Pornographie-Konsum vor. Wer Kinder oder Jugendliche hat, die schon sexuelle Erfahrungen haben, bekam in einem Vortrag zur entwicklungs-sensiblen Sexualpädagogik wertvolle Anregungen.

Die Umformung unserer Gesellschaft *Klaus Kelle* (gekürzt)

Die Ampel hat das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz durch den Bundestag gebracht (374 Ja, 251 Nein, 11 Enthaltungen). Ein gewaltiger Erfolg bei der Zerstörung unserer Gesellschaft. Oder hätten Sie sich vorstellen können, dass eine Mehrheit im Deutschen Bundestag mal ja sagt zur Selbstverstümmelung von Kindern, zur Einschränkung hart erkämpfter Frauenrechte und zu effektiver Kriminalitätsbekämpfung?

Die Union ist gegen dieses Gesetz. Die BSW-Gründerin sagt gegenüber t-online, man könne in Deutschland nun „*freier über sein Geschlecht entscheiden als über die Heizung im eigenen Haus oder den Antrieb des eigenen Autos*“.

Das Gesetz, sei „angefeuert von einer radikalen Minderheit und gegen den Rat zahlreicher Experten“. Es ermögliche, dass künftig Kinder ab 14 Jahren ihr gefühltes Geschlecht beliebig ändern können.

Tatsächlich gibt es weitere Gründe, diesen Wahnsinn nicht durchzuwinken. Ob Männer in eine Frauensauna gehen oder sich auf eine für eine Frau ausgeschriebene Stelle bewerben können, werden noch unsere kleinsten Probleme sein. Aber Wagenknecht spricht aus, was viele nur denken: Eine „radikale Minderheit“, die seit Jahren das natürliche Erziehungsrecht der Eltern aushebeln will, die Frauen nur noch als Gebärmaschinen ansieht, die am besten vom Kreissaal direkt wieder in die Produktion gehen – wir kümmern uns schon um die Kleinen – und Abtreibung als einen normalen medizinischen Eingriff ansieht, bei dem nicht einmal mehr eine vorherige Beratung werdender Mütter in einer Notlage erwünscht ist, ist dabei, ihre Agenda brachial durchzusetzen.

Die traditionelle Familie, die Ehe eines Mannes und einer Frau, die bei gutem Verlauf Kinder bekommen – das sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft.

Immer wieder haben Diktaturen deshalb versucht, direkten Zugriff auf die Kinder zu bekommen, die „Lufthoheit über den Kinderbetten“, wie das Olav Scholz als Generalsekretär der SPD 2002 formulierte.

Weil die Eltern bei der kompletten Umgestaltung einer Gesellschaft stören, wollen sie die aus dem Weg haben; denn sie wissen, dass nichts so stark zusammenhält, wie ein funktionierender Familienverbund. Auch gegen einen autoritären Staat.

Gendern als Vehikel der Gender-Ideologie *Bolko v. Bonin*

Im letzten InfoBrief haben wir uns mit der ‚gerechten‘ Sprache im Gottesdienst auseinandergesetzt („Gendern statt Beten?“, nachlesbar auf www.lgm-info.de). Das Gendern in der Kirche unterstellt, dass das Wort Gottes ‚gerechter‘ gemacht werden könnte und dass dies durch Verwendung von Gender-Schreibweisen unterstützt werden müsse. Dazu werden Wortbinnenzeichen verwendet wie Doppelpunkt, Genderstern, Unterstrich, Gender-Gap usw., was das Erlernen der Sprache erschwert, phonetisch ein Problem ist und von Sprachkundlern sowie mehrheitlich abgelehnt wird.

Das Gendern dient der Umerziehung im Sinne der Gender-Ideologie. Diese stellt Gottes Schöpfungsordnung infrage, derzufolge der Mensch als Mann und Frau erschaffen wurde, polar mit Fortpflanzungsmandat aufeinander bezogen (Genesis 1,27-28) - gleichwertig aber nicht mit gleichen, sondern geschlechtsspezifischen Aufgaben in Familie und Gesellschaft. Nur Frauen können Kinder gebären.

Dem entgegen erklärt die Gender-Ideologie die Geschlechter als soziale Konstrukte und fordert nicht nur deren Gleichberechtigung, sondern - ähnlich klingend, aber folgenschwer - die Gleichstellung in allen Belangen. „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“, behauptet die Gender-Ikone Simone de Beauvoir in ihrem Buch 'Das andere Geschlecht' (1949) im Gegensatz zu Naturwissenschaft und uralten Erfahrungen der Menschheit.

Das Geschlecht ist schon im Mutterleib festgelegt, so dass man es sich nicht aussuchen oder gar jährlich wechseln kann. Auch operativ und mit Medikamenten lässt sich das Geschlecht nicht ganzheitlich ändern; abgesehen davon, dass solche Maßnahmen zu schweren körperlichen und psychischen Schäden führen können und zur dauerhaften Abhängigkeit von Medikamenten.

Die auf dieser Ideologie basierende ‚Ehe für alle‘ gibt es in der Bibel nicht, aber unser Gesetzgeber erkennt gleichgeschlechtliche Ehen inzwischen als gleichwertige Lebensform an. Die EKD begrüßt die ‚Ehe für alle‘, obwohl dadurch die Bedeutung der Ehe von Mann und Frau mit ihrer existentiell wichtigen Nachwuchsoption relativiert wird.

Lieber Opfer machen als Opfer werden! *Michael Kotsch*

Ein neues Gebot gebe ich euch, dass ihr einander liebt. damit, wie ich euch geliebt habe, auch ihr einander liebt (Joh 13,34).

Noch ist es nicht lange her, dass in München einige Jugendliche auf Klassenfahrt in der Stadt waren. Eines abends zog eine Clique durch München, um „etwas zu erleben“. Sie „vertrieben sich die Zeit“ damit, fünf Passanten zusammenzuschlagen und beinahe zu töten - einfach nur weil ihnen langweilig war, wie einer der Jugendlichen aussagte.

Sicher, nicht jeder wird so schnell zum Schläger und Kriminellen. Über einen anderen Menschen im Internet herzufallen ist jüngsten Studien zufolge bei deutschen Jugendlichen längst zum Volkssport geworden. Ein Drittel aller Jugendlichen werden während ihrer Schullaufbahn Opfer von Mobbing, sagen die Fachleute. Das beginnt oft mit sogenanntem „Dissen“ oder Lästern im Internet auf Kosten eines anderen.

Mancher wird zum Opfer, weil er etwas mehr Pickel hat als andere. Weil er ein älteres Handy benutzt oder aber, weil er sich als Erster das neue iPhone leisten kann. Eigentlich braucht es keinen richtigen Grund. Manchmal genügt es, dass momentan kein anderes Opfer zur Verfügung steht. Viele Mobber finden es unterhaltsam, einen scheinbar Unterlegenen richtig fertigzumachen.

Dass Opfer dabei in Depressionen fallen, psychische Probleme bekommen oder gar Selbstmord begehen, interessiert niemanden wirklich oder es wird billigend in Kauf genommen. Denn eigentlich ist das doch „bloß Spaß“, und wenn jemand den nicht versteht oder vertragen kann, ist er oder sie doch wohl „selbst schuld“. Zumeist werden auch nicht die „Psychos“ oder ‚Asis‘ zu Mobbern, sondern die ganz normalen, die gut integrierten und anerkannten Jugendlichen - gerne auch übers Internet. Wo man sonst vielleicht etwas Hemmungen hätte, schlägt man in der Anonymität der elektronischen Medien hemmungslos zu. Nur wenn man sich seiner Sache und seiner Unterstützer wirklich sicher ist, geht man gegen sein Opfer auch unter dem eigenen Namen vor. Selbst dann noch fällt es im Netz deutlich leichter, das Opfer fertigzumachen. weil man dessen Frustration, Verzweiflung oder Tränen ja nicht sieht.

In leichten Formen beginnt Cyber-Mobbing mit lästernden Kommentaren in Facebook oder als Kommentar unter einem YouTube-Video. In einer nächsten Stufe werden kompromittierende Fotos erstellt und im Internet verbreitet. Mancher verschickt auch unter der gekaperten E-Mail-Adresse des Opfers gefälschte Nachrichten (erfundene Liebesbriefe oder Drohungen), die die entsprechende Person lächerlich machen oder als Begründung für weitere Aggressionen herhalten. In der weiteren Stufe bombardiert man das Opfer mit anonymen Beschimpfungen per SMS, Handy und/oder E-Mail, möglichst Tag und Nacht. Wer jedes Schuldempfinden verloren hat, droht dem Opfer Gewalt an, verschickt bewusst Computerviren oder gründet Internet-Gesprächsgruppen, in denen die Teilnehmer sich darüber austauschen. wie sie das Opfer foltern und quälen wollen.

Leider sind solche Aktionen tägliche Realität in Deutschland. Cyber-Mobbing ist auch nicht mehr nur ein Problem einiger Jugendlicher. Ein Blick in die sozialen Netzwerke oder auf YouTube-Kommentare macht deutlich, dass diese Mobbing-Mentalität längst auch bei den Erwachsenen angekommen ist. Mit politischen oder weltanschaulichen Gegnern oder mit Andersdenkenden wird nicht mehr sachlich geredet.

Stattdessen wird versucht, den anderen mit Beschimpfungen, Fluchen, Drohungen, Vorwürfen, Lügen oder anderem verbalen Abfall mundtot oder lächerlich zu machen. Konsequenzen hat das für die Mobber meist nicht. Sie fühlen sich stark und haben manchmal sogar Erfolg. Der Gemobbte schweigt irgendwann gedemütigt, ist zutiefst verärgert oder beginnt ebenfalls sich durch polemische Gerede unglaubwürdig zu machen.

Christen sollten auch in elektronischen Medien zu ihren Werten und Worten stehen (vgl. Jak 1,19; 3,1-12: 5,12). Lügen, Halbwahrheiten und verbale Verletzungen sind im Internet ebenso schlimm wie im realen Leben, vielleicht sogar schlimmer, weil sie sich viel weiter verbreiten können. Wenn Christen anderen Menschen begegnen, sollten sie sich nicht hinter anonymen Kürzeln oder falschen Namen verstecken. Sie sollten ehrlich sein, von der Liebe und Wertschätzung bestimmt werden, wie Gott allen Menschen gegenüber. Dabei ist es keine Rechtfertigung, dass doch „alle“ Cyber-Mobbing betreiben, dass andere Mobber noch krasser auftreten, dass das Opfer bisher nie um Gnade gebettelt oder noch keine Selbstmorddrohung geäußert hat.

(Aus dem Buch des Verfassers im Verlag Christliche Verlagsgesellschaft mbH „Schlau gemacht – 52 Denkanstöße aus Kultur, Geschichte, Wissenschaft und Glaube, 190 Seiten).

Organspende – Widerspruchslösung? Bolko v. Bonin

In der Politik wird die Diskussion erneut angefacht, ob wegen fehlender Organspenden jeder Mensch per Gesetz Organspender sein soll, wenn er nicht ausdrücklich dagegen optiert. Ein entsprechender Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD und Linkspartei war in der vorigen Legislaturperiode aus guten Gründen gescheitert.

Es ist Sache jedes Einzelnen, ob er seine Organe als Akt der Nächstenliebe spenden will. Der Staat darf nicht per Gesetz darüber befinden, denn die Unversehrtheit des menschlichen Körpers ist grundgesetzlich geschützt. Die „Widerspruchslösung“ setzt aber voraus, dass ein als tot erklärter Körper grundsätzlich für Dritte verfügbar ist, wenn der potenzielle Spender dem nicht widersprochen hat. Es gibt viele Gründe, warum Letzteres unterbleibt – auch wenn es nur die Scheu vor der Festlegung oder vor der Beschäftigung mit dem eigenen Tod ist.

Wenn man Menschen per Gesetz zu Organspendern erklärt, sozialisiert man ihren ureigensten Bereich. Es ist ein tiefer Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht, der auch zu psychischen Belastungen führen kann.

Es gibt ernste Gründe, warum man seine Organe nicht spenden will: religiöse oder das umstrittene Gehirntod-Kriterium (Wissenschaftler vermuten, dass es ein drittes Stadium zwischen Leben und Tod gibt).

Die nicht ausreichende Zahl von Spendern berechtigt daher nicht, den Sterbenden vom Subjekt zum Objekt zu machen, über dessen Organe die Gesellschaft ohne ausdrückliche Einwilligung verfügen darf.

Beunruhigende Entwicklungen *Daniel Scholaster*

(ABC) In Deutschland gilt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Jeder darf öffentlich alles äußern, was nicht ausdrücklich unter einen Straftatbestand fällt. So die Theorie. In der Praxis gibt es Einschränkungen - nicht nur durch den Staat, sondern indirekt durch Extremisten. Sie schaffen es durch ihre Drohungen, Veranstaltungen bestimmter Gruppen zu beeinflussen. Inzwischen sind davon vermehrt konservative Christen und Lebensrechtsaktivisten betroffen.

Die Veranstaltungsorte der jährlichen Symposien der ‚DemoFürAlle‘ können schon seit längerem nur den Teilnehmern mitgeteilt werden. Zuvor hatten Aktivisten heftigen Druck auf die Häuser ausgeübt, in denen die Veranstaltungen stattfinden sollten, um Absagen zu erzwingen. Antifa-Aktivisten versuchten zudem immer wieder, die Teilnehmer am Zutritt zum Veranstaltungsort durch Straßensperrungen, Blockaden, Beschimpfungen und Drohungen zu hindern. Das sind äußerst beunruhigende Entwicklungen.

Auch wer selbst nicht mit den Zielen der „DemoFürAlle“ oder von christlichen Lebensschützern übereinstimmt: Jeder sollte aufhorchen, wenn deren Veranstaltungen nur noch unter Polizeischutz oder strengen Sicherheitsauflagen stattfinden können.

Diese Gruppierungen vertreten Positionen, die früher selbstverständlich bis in die politische Mitte hinein geteilt wurden: Noch vor zwanzig Jahren hätten die wenigsten Deutschen bestritten, dass eine Familie aus Vater, Mutter und Kindern besteht.

Inzwischen wird jedoch im Bundestag ernsthaft darüber diskutiert, was überhaupt eine Frau ist. Niemand sollte also meinen, dass es ihn nicht auch treffen kann, weil er selbst ja kein Lebensschützer oder konservativer Aktivist ist. Das kann sich alles schnell ändern.

Nachrichten

Glaube, Bibel und Bekenntnis

Für jeden Vierten ist die Bibel Gottes unfehlbares Wort

(IDEA) Eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere im Auftrag der IDEA (Okt. 2024) ergab, dass für 24% der Deutschen die Bibel Gottes unfehlbares Wort ist. Jeder Zweite (50%) stimmt dieser Aussage nicht zu, 18% antworteten mit „Weiß nicht“.

Jüngere Menschen vertreten diese Ansicht deutlich häufiger als ältere (18- bis 29-Jährige: 40%; 30- bis 39-Jährige: 31%; 40- bis 49-Jährige: 21%; 50- bis 69-Jährige: 19%; über 70-Jährige: 16%).

Unter den Angehörigen der christlichen Konfessionen stimmen die Freikirchler der Aussage, dass die Bibel Gottes unfehlbares Wort ist, mit großem Abstand am häufigsten zu (80%), gefolgt von den landeskirchlichen Protestanten (35%) und den Katholiken (33%).

Unter den Wählern der politischen Parteien stimmen die AfD-Sympathisanten der Aussage am häufigsten zu (33%), gefolgt von den Parteigängern der CDU/CSU (30%), der SPD (26%), der FDP (24%), der Linken (17%), der Grünen und des BSW (jeweils 16%).

Jeder Zweite findet Religion für seine Identität nicht wichtig

(IDEA) Eine andere Umfrage des gleichen Instituts (Jan. 2025) zeigt, dass 38% der Deutschen Religion wichtig für ihre Identität finden. Jedem zweiten Befragten (50%) ist sie es aber nicht.

Frauen halten ihren Glauben etwas häufiger für identitätsprägend als Männer, Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche. Unter den Altersgruppen halten nur die 18- bis 29-Jährigen mehrheitlich ihren Glauben für einen wesentlichen Bestandteil ihres Selbstverständnisses (53%). In den anderen Altersgruppen denkt jeweils nur eine Minderheit so (30- bis 39-Jährige: 41%; 40- bis 49-Jährige: 35%; 50- bis 59-Jährige: 28%; 60- bis 69-Jährige: 37%; über 70-Jährige: 35%).

Unter den Mitgliedern der christlichen Konfessionen bezeichnen die Freikirchler ihren Glauben mit großem Abstand am häufigsten als identitätsprägend (68%), gefolgt von den Katholiken (50%) und den landeskirchlichen Protestanten (46%).

Unter den Anhängern der politischen Parteien verbinden die CDU/CSU-Wähler am häufigsten Religion und Identität (45%), gefolgt von den Sympathisanten der SPD (43%), des BSW (40%), der AfD (39%), der FDP (33%), der Linken (29%) und der Grünen (25%).

Kirche

Keine andere Institution ist im Ton so „bevormundend“

(IDEA) Kritik an einem „bevormundenden Ton“ der Kirchen gegenüber Bürgern hat die Mitherausgeberin der katholischen Zeitschrift „Communio“, die Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig, geübt. Sie bezieht sich auf Äußerungen von Bischöfen, dass die AfD für Christen nicht wählbar sei und sich in ihr auch nicht betätigen dürften.

Es sei zwar das gute Recht der Kirchen, keine zum Rechtsextremismus neigenden Menschen in haupt- und ehrenamtlichen Diensten zu dulden: „Ist es aber ihre Aufgabe, der Bevölkerung mitzuteilen, was sie zu wählen hat oder in welchen Parteien sie sich politisch engagieren darf? Keine andere Institution schlägt gegenüber den Bürgern einen solch bevormundenden Ton an – und das in Zeiten einer immer geringeren Kirchenbindung innerhalb der Bevölkerung“, so Zehnpfennig in einem Beitrag für „Communio“. Zudem brandmarkte man so diejenigen, die sich tatsächlich auf die AfD eingelassen hätten, als im Grunde nicht gesellschaftsfähig. „Es sind derart rigorose Verdammungsurteile, die den Betroffenen nur den noch engeren inneren Zusammenschluss übriglassen“, so die Wissenschaftlerin.

Nach ihrer Ansicht machen es sich Kirchenvertreter in der Migrationsdebatte auch oft zu leicht: „Manche Äußerungen oder Verhaltensweisen seitens kirchlicher Vertreter zur Frage des Asyls und der Zuwanderung vermitteln den Eindruck, dass man den moralischen Rigorismus in der Einforderung von Nächstenliebe der Auseinandersetzung mit der Komplexität der Problemlage vorzieht.“

Kirchen haben eine geistig-geistliche Aufgabe

Man brauche die Kirchen, um immer wieder an christliche Maßstäbe erinnert zu werden. Aber: „Kirchenvertreter haben kein politisches Mandat.“ Ihre Aufgabe ist eine geistig-geistliche, sie müssen allgemein Orientierung geben und diese vor allem spirituell begründen.“

Bloße Meinungsäußerungen zu konkreten politischen Fragen erfüllten dieses Kriterium nicht, zumal dann, wenn sie die Komplexität der Problemlage außer Acht ließen oder eine Kompetenz beanspruchten, die nicht gegeben sei.

Der Politologin zufolge erscheint es kein vielversprechender Weg für die Kirche zu sein, ihren Bedeutungsverlust dadurch zu kompensieren, „dass sie sich zum politischen Mitakteur macht“.

Christenverfolgung

Lage der Christen weltweit verschlechtert

(IDEA) Die Lage verfolgter Christen hat sich weltweit insgesamt verschlechtert. Das sagte der Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“, Florian Ripka gegenüber dem Magazin `Cicero´. Anlass war die Veröffentlichung des Berichts „Verfolgt und vergessen?“ zur Lage verfolgter Christen weltweit.

Die Verfolgung von Christen habe unter anderem in Afrika, Nicaragua, China, Myanmar und Pakistan zugenommen.

Afrika sei „der wirklich große Sorgenkontinent“.

So seien im Sudan alle Bemühungen zur Verständigung mit Christen seit Kriegsbeginn zunichte gemacht worden. In der Demokratischen Republik Kongo schütze die Regierung Christen nicht vor Übergriffen auf Kirchen durch Rebellen. In Eritrea sei das Bekenntnis zum Christentum verboten und könne zu Haftstrafen führen. Als weiteres Beispiel nannte er den Anschlag auf eine christliche Gemeinde im nigerianischen Bundesstaat Plateau an Weihnachten 2023.

Nicaragua: Verfolgung durch linke Regierung

Zur Lage in Nicaragua sagte Ripka, dort gehe die linksgerichtete Regierung gegen die Kirche vor, weil sie sich bei der blutigen Niederschlagung von Protesten 2018 auf die Seite der Protestierer gestellt habe. Es sei „bedenklich, dass Christenverfolgung auch auf einem katholischen Kontinent wie Lateinamerika stattfindet“.

Pakistan: Vermehrt Zwangsverheiratungen

In Pakistan gebe es vermehrt Zwangsverheiratungen christlicher Mädchen mit Muslimen. Damit ist auch die Zwangskonversion zum Islam verbunden, die nicht offiziell rückgängig gemacht werden könne. In dem Land müssten Christen außerdem damit rechnen, dass sie beschuldigt würden, den Koran geschändet zu haben. Dann drohe ihnen Inhaftierung oder ein Angriff durch einen wütenden Mob auf der Straße.

Nordkorea

In Nordkorea müssen Christen mit langen Haftstrafen rechnen, in denen sie auch Folter ausgesetzt seien. In der Regel werde die gesamte Familie inhaftiert, also auch Kinder.

China: Druck von Kommunistischer Partei

In China könnten sich die großen christlichen Kirchen zwar registrieren lassen und den Glauben praktizieren. Dabei müsse die Kirche aber das „Patriotismus“-Programm der Kommunistischen Partei unterstützen. „Wenn sie das nicht tut, bekommt sie große Schwierigkeiten.“

Christen werden auch hier von radikalen Muslimen terrorisiert

(IDEA) Christliche Asylbewerber werden in Flüchtlingsheimen in Deutschland von radikalen Muslimen terrorisiert. Das berichteten Betroffene gegenüber dem Magazin ‚Cicero‘. So wurde ein junger Christ in einer Unterkunft im westfälischen Hamm von muslimischen Afghanen nach eigenen Angaben wiederholt als „Ungläubiger“ beschimpft, bedroht und bespuckt. Bei einem tätlichen Angriff habe er Prellungen und Schürfwunden erlitten.

Nach Angaben des Pfarrers der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), Gottfried Martens (Berlin), sind solche Übergriffe keine Einzelfälle. „Ich könnte Ihnen aus meiner Gemeinde Dutzende ähnliche Beispiele nennen“, sagte er gegenüber dem Magazin. Von den Mitgliedern seiner Gemeinde stammen rund 970 aus dem Iran und rund 340 aus Afghanistan. Übergriffe gegen Christen gebe es sogar in Unterkünften, die von kirchlichen Trägern betrieben würden.

Das Ausmaß des Problems werde weder von staatlichen noch von kirchlichen Stellen untersucht. „Die Kirchen in Deutschland lassen die bedrohten Christen in ihren Asylunterkünften im Stich. Man möchte dieses Problem einfach nicht sehen“, so Martens. Es gebe eine große Angst, dass die AfD davon profitieren könne.

Verachtung für die westliche Kultur

Wie betroffene Christen weiter berichteten, gehen die Angriffe oft von muslimischen Angehörigen der Volksgruppe der Paschtunen aus Afghanistan aus. Sie machten teilweise keinen Hehl aus ihrer Verachtung für die westliche Kultur und erklärten offen, sie seien „nur nach Deutschland gekommen, um Dschihad zu machen“.

Das Magazin zitiert einen Ex-Muslim, der zum Christentum konvertiert ist, mit der Einschätzung: „Die Deutschen sind naiv und wissen nicht, dass sie sich tickende Zeitbomben in das Land holen.“

Lebensschutz

„Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit“

(IDEA) „Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben. Unborn Lives Matter“ (Ungeborenes Leben zählt), betonte die Vorsitzende des österreichischen Vereins ´Marsch fürs Leben´, Felicitas Trachta, bei der gleichnamigen Veranstaltung in Wien. Dabei zogen laut Angaben des Veranstalters am 5. Okt. 2024 über 2.000 Lebensrechtler durch die Innenstadt. Diese Veranstaltung sei nicht nur ein „Fest des Lebens“, sondern auch ein lauter Ruf nach Gerechtigkeit und Frieden, der im Mutterleib beginne. „Abtreibung ist die schlimmste Tragödie unserer Zeit. Tausende haben heute in Wien gezeigt, dass ihnen das Schicksal von Müttern, Babys und jungen Familien nicht egal ist.“

Unter den Teilnehmern waren der römisch-katholische Altbischof Klaus Kung und der Wiener Weihbischof Franz Scharl sowie die beiden Politiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Jan Ledóchowski und Caroline Hungerländer.

Mehrere Verbände fordern Legalisierung von Abtreibungen

(IDEA) 26 Organisationen haben am 17. Okt. 2024 einen Gesetzentwurf vorgestellt, zur Legalisierung vorgeburtlicher Kindstötungen bis zum Ende der 22. Schwangerschaftswoche. Die bisher geltende Beratungspflicht und die dreitägige Wartefrist zwischen Beratungsgespräch und Abtreibung sollen zudem entfallen. Außerdem sollen die Krankenkassen die Kosten für die Durchführung übernehmen.

Der Entwurf wurde federführend von den Juristinnen Prof. Liane Wörner, Prof. Maria Wersig und Prof. Friederike Wapler im Auftrag der 26 Verbände erstellt. Die drei sind auch Mitglied der von der Bundesregierung 2023 eingesetzten Kommission, die über eine mögliche Neuregelung des Abtreibungsrechts außerhalb des Strafrechts beraten hat.

Derzeit ist gemäß § 218 StGB eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei.

Zu den 26 Verbänden gehören u.a. die Evang. Frauen in Deutschland, die Abtreibungsorganisation Pro Familia, die Arbeiterwohlfahrt, Amnesty International Deutschland, Terre de Femmes, UN Women Deutschland, die Frauenrechtsorganisation medica mondiale sowie der Sozialdienst muslimischer Frauen.

Die Katholische Kirche lehnt den Entwurf ab

Deutliche Kritik übte die (kath.) Deutsche Bischofskonferenz (DBK). Deren Pressesprecher, Matthias Kopp, erklärte, dass die deutschen Bischöfe weiterhin für den Erhalt der bestehenden gesetzlichen Regelung eintreten. Sie schütze sowohl Selbstbestimmung und Gesundheit der Frau wie das ungeborene Kind und trage der besonderen Beziehung von Mutter und Kind in der Schwangerschaft Rechnung.

Bei einer außerstrafrechtlichen Regelung bestehe die erhebliche Sorge, dass damit der Anspruch auf gleichen Schutz von ungeborenem wie geborenem menschlichen Leben aufgegeben werde. „Denn beim vorgeburtlichen Leben handelt es sich von Anfang an um ein individuelles Leben. Nach unserer christlichen Überzeugung kommen diesem Leben daher der gleiche Schutzanspruch und die gleiche Würde wie dem geborenen Leben zu.“

Ein abgestuftes Lebensschutzkonzept eröffne darüber hinaus die Gefahr, die Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens auch in anderen Lebenssituationen „abzustufen und damit aufzuweichen“.

Kopp wies zudem darauf hin, dass es in Deutschland laut Statistik prozentual weniger Abtreibungen gibt als in anderen europäischen Ländern. So seien 2022 in Deutschland 5,4 Abtreibungen/1.000 Frauen, in Frankreich dagegen 14,1/1.000 Frauen zu verzeichnen gewesen. Der geltenden Regelung könne also eine Wirkung zum Schutz des ungeborenen Lebens zugeschrieben werden, „die wir nicht abgeben dürfen“.

Bundesverband Lebensrecht:

Auch der Bundesverband Lebensrecht (BVL) lehnt den Entwurf ab. Dessen Vorsitzende Alexandra Maria Linder wies in einer Mitteilung darauf hin, dass Pro Familia aber auch die AWO selbst Beratungsgespräche anbieten. Es sei daher dringend nötig, deren Beratungsqualität im Schwangerschaftskonflikt zu überprüfen.

Besonderes Augenmerk sei zudem auf Organisationen zu legen, „die sich angeblich für Frauen und ihre Rechte einsetzen.“ Deren Ideologie behaupte, „Abtreibung würde Frauen emanzipieren“.

In keinem Land der Welt habe eine Legalisierung von Abtreibungen Frauen in irgendeiner Weise vorgebracht. Diese „feministische“ Ideologie sehe außerdem keine Rechte für Frauen vor der Geburt vor.

„Aktion Lebensrecht für Alle“

Ähnlich äußerte sich die Bundesvorsitzende der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), Cornelia Kaminski. Der Gesetzentwurf widerspreche

sowohl der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als auch dem Stand der Wissenschaft, so Kaminski. Grundrechte kämen ihren Trägern allein deshalb zu, weil sie Menschen seien. Daher könnten sie auch nicht von Staaten verliehen, sondern lediglich von diesen anerkannt werden.

Ein Gesetzgeber, der sich den Entwurf der Verbände zu eigen mache, müsse also behaupten, dass ungeborene Kinder bis zum Ende der 22. Schwangerschaftswoche keine Menschen seien und daher kein Grundrecht auf Leben besäßen. Das widerspreche jedoch dem Stand der Wissenschaft.

Zudem müsse ein solcher Gesetzgeber begründen, wodurch ein Kind mit Beginn der 23. Schwangerschaftswoche zum Menschen werde, dessen Grundrecht auf Leben prinzipiell anerkannt werden müsse. Könne er das nicht, würde das bedeuten, dass schwangere Frauen einen Rechtsanspruch auf die Tötung eines unschuldigen und wehrlosen Menschen durch einen Arzt besäßen und dieses bei Bedarf geltend machen könnten. „Wenn es aber etwas gibt, dass man nach allgemeiner Überzeugung der gesamten Menschheitsfamilie nicht darf, dann ist es die Tötung eines wehrlosen und unschuldigen Menschen.“

Bestrebungen, Abtreibungen weitgehend zu legalisieren

(vB) Im Koalitionsvertrag hatte die Ampel-Regierung 2021 vereinbart zu prüfen, inwieweit Schwangerschaftsabbrüche auch außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden könnten.

Dazu beauftragte die Ampel eine von ihr handverlesene Kommission ‚Reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin‘ in die keine Vertreter der Kirchen berufen aber von der Kommission um Stellungnahmen gebeten wurden.

Am 11. Okt. 2023 veröffentlichte der EKD-Rat seine Stellungnahme, in der er die Absicht der Bundesregierung unterstützt, Abtreibung zu liberalisieren. Er vertritt die Auffassung, dass ein Embryo in den Phasen seiner Entwicklung unterschiedlich schutzbedürftig und Abtreibung erst ab der 22. Schwangerschaftswoche – also extrakorporal lebensfähig - strafrechtlich zu sanktionieren sei.

Das ist eine schwere Belastung der Ökumene, angesichts der klaren Ablehnung dieser Bestrebungen seitens der kath. Kirche.

Der Regierungskommission kam der evangelische kirchliche Rückenwind sehr gelegen. Im Frühjahr 2024 legte sie das Ergebnis ihrer Beratungen vor. Am 25. Juni 2024 wurde es von der SPD-Fraktion des

Bundestages aufgegriffen, die sich in einem Positionspapier für eine Entkriminalisierung von vorgeburtlichen Kindstötungen aussprach.

Am 5. Dez. 2024 wurde in 1. Lesung der Gesetzentwurf einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten der SPD, Grünen und Linken zum Schwangerschaftsabbruch beraten.

Demzufolge sollen Abtreibungen bis zur 12. Woche nach vorheriger Beratung grundsätzlich erlaubt sein. Die Beratung soll weiter verpflichtend sein, allerdings ohne die 3 Tage Bedenkfrist. Abtreibungen sollen überwiegend in einem Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt werden. § 218 soll nur noch solche Abtreibungen unter Strafe stellen, zu der Frauen gezwungen werden oder die gegen ihren Willen stattfinden. Die Kosten für eine Abtreibung sollen von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Der Gesetzentwurf wurde an den Rechtsausschuss überwiesen mit dem Ziel, noch vor Auflösung des Parlaments beschlossen zu werden.

Kircheninterne Kritik an der Erklärung des EKD-Rates.

Inzwischen gab es bei der EKD-Synode im Nov. 2023 in Ulm erhebliche Kritik an der EKD-Erklärung. Besonders bemängelt wurde, dass eine theologische Begründung für die nach Entwicklungsphasen abgestufte Schutzwürdigkeit des Embryos fehlt.

Die inzwischen zur Präsidentin des EKD-Rates gewählte Bischöfin des Sprengels Hamburg der Nordkirche, Kirsten Fehrs, sagte zu, die theologische Begründung nachzuliefern – eine merkwürdige Reihenfolge für ein kirchliches Statement.

Ein *magnus consensus* (vgl. Martin Pflaumer im CA-Magazin III-2024, www.gesellschaft-fuer-mission.de und in den ABC-Nachrichten 2025.1 www.abc-bayern.de) war wegen der unterschiedlichen Auffassungen nicht zu erwarten, wie der Mitteldeutsche Rundfunk zeigte:

Für die Erfurter Regionalbischöfin Friederike Spengler ist „jedes menschliche Leben von Anfang an ein von Gott gewolltes Leben“, und hat an der Menschenwürde teil. Sie befürwortete die Pflichtberatung vor einem möglichen Schwangerschaftsabbruch und die Strafandrohung bei einer Abtreibung ohne vorausgehende Beratung, da ohne diese die Pflichtberatung nicht durchgesetzt werden könne.

Die Geschäftsführerin des Evang. Zentrum Frauen und Männer gGmbH und Leiterin des Fachbereiches Evang. Frauen in Deutschland Eske Wollrad vertrat dementsgegen die seltsame Position ihres Verbandes zum

§ 218: „Der Dachverband evangelischer Frauen in Deutschland hat die Haltung, dass es sich im Grunde genommen um eine Kriminalisierung von Schwangeren handelt und um nichts Anderes als ein Gebärzwang.“ Dass der § 218 dem Schutz des vorgeburtlichen Lebens dient und dass es einen Konflikt zwischen dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes und dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren geben kann, verneint Wollrad: „Der Embryo existiert nicht ohne die Schwangere, er ist abhängig von ihr, und deswegen sagen wir, indem die Rechte der schwangeren Person gestärkt werden, werden auch die Rechte des Embryos gestärkt. [...] Der Stellenwert des Embryos wird bestimmt durch die schwangere Person; [...] das kann kein Staat machen, kein Gesetz und keine Kirche.“

Kommentar vB: Aber Gott tut es durch sein Gebot, nicht zu töten.

Theologische Begründung des EKD-Rates zu seiner Stellungnahme (IDEA) Am 18. Dez. 2024 lieferte der EKD-Rat die zugesagte theologische Begründung zu seiner Stellungnahme vom Okt. 2023 nach. Im Ergebnis wird der Gesetzentwurf der Parlamentariergruppe zur Legalisierung von Abtreibungen für „weitgehend zustimmungsfähig“ erklärt. Der Sprecher der synodalen Arbeitsgruppe ‚Lebendige Kirche‘ in der EKD-Synode Pfarrer Friedemann Kuttler hatte schon auf der EKD-Synode im Nov. 2024 in Würzburg, gefordert, dass sich die evangelische Kirche eindeutig zum Lebensschutz bekennen müsse. Das nachgelieferte Positionspapier des EKD-Rates zum Abtreibungsrecht genüge dieser Forderung theologisch nicht: Im Text heißt es unter anderem, Schwangerschaftskonflikte entstünden durch die „Kollision zweier unvereinbarer Ansprüche, in denen Christinnen und Christen jeweils ein göttliches Gebot sehen können: Dem Anspruch des ungeborenen Lebens zur Welt gebracht zu werden, stehen die Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber, die die Lebensführung an die betroffene Frau stellt: berufliche Verpflichtungen, soziale und psychische Notlagen, familiäre Pflichten oder die Sorge, den Ansprüchen eines zukünftigen Kindes nicht gerecht werden zu können.“

Durch diese Gegenüberstellung werde die Lebensführung der Schwangeren theologisch überhöht und das Lebensrecht der ungeborenen Kinder nicht ausreichend gewürdigt.

Weiter kritisierte Kuttler, aus dem Papier gehe nicht hervor, warum das Abtreibungsrecht überhaupt neu geregelt werden müsse.

Der geltende Kompromiss aus dem Jahr 1995 habe zur gesellschaftlichen Befriedung geführt. Auch werde in dem Text die Position des Lebensschutzes nicht berücksichtigt. So habe unter anderem der württembergische Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl auf der württembergischen Landessynode im Juni eine stärkere Berücksichtigung des Lebensrechts von ungeborenen Kindern gefordert. Eine Auseinandersetzung mit seinen Argumenten finde in dem Positionspapier der EKD aber nicht statt.

Rachel: Kompromiss nicht leichtfertig aufgeben

Der religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das EKD-Ratsmitglied Thomas Rachel, distanzierte sich ebenfalls von dem Positionspapier der EKD. Die geltende Rechtslage im Abtreibungsrecht ist ein mühsam gefundener gesellschaftlicher Kompromiss. Dabei werde das Selbstbestimmungsrecht der Frau ebenso berücksichtigt wie der Schutz des ungeborenen Kindes. „Zu dieser Rechtslage stehe ich. Dieser vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich akzeptierte Kompromiss sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden, zumal sonst in dieser schwierigen ethischen Frage eine Polarisierung und unversöhnliche Spaltung droht, [...]“.

Abtreibungsrecht: Rat der EKD und Bischofskonferenz uneins

(IDEA) In der Beurteilung des Gesetzentwurfs zur Abschaffung von § 218 StGB sind die Meinungen des Rates der EKD und der DBK gegensätzlich:

Aus Sicht des Vorsitzenden der DBK, Bischof Georg Bätzing, ist der Entwurf im Gegensatz zur EKD-Meinung „nicht zustimmungsfähig“.

Der Vorschlag verändere die Grundlage dessen, was das bisherige Gesetz geprägt hat, „sehr erheblich“. Es stelle keinesfalls nur eine moderate Weiterentwicklung des geltenden Rechts dar.

Die bisher geltende verfassungsrechtliche Abwägung zwischen zwei Grundprinzipien werde aufgegeben – nämlich, dass einerseits die Frau in einem existenziellen Konflikt das Recht auf Selbstbestimmung haben müsse, andererseits eine Abtreibung die Tötung eines Menschen sei.

Bätzing: „Jeder Mensch hat von Beginn an – das Ungeborene entwickelt sich als Mensch und nicht zum Menschen – ein vollwertiges Lebensrecht, das der Staat schützen muss.“

Die bisherige Regelung halte eine gute Balance: „Ein Abbruch wird unter bestimmten Bedingungen straffrei gestellt, Frauen werden also gerade nicht kriminalisiert, zugleich ist der Lebensschutz verankert.“

Bätzing bezeichnete es als „unzeitig“, so kurz vor der vorgezogenen Neuwahl den Gesetzentwurf noch „durchzupeitschen“.

(vB) Genau das wollten die Initiatoren, da sie nach der Neuwahl ungünstigere Mehrheitsverhältnisse befürchteten.

Das Gesetz wurde in der letzten regulären Sitzung des Bundestages vor der Neuwahl nicht mehr beschlossen, ist damit aber nicht erledigt:

- bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages (Art. 39 GG spätestens 30 Tage nach der Wahl) übt der alte Bundestag weiterhin seine Funktionen aus, so dass durch Mehrheitsbeschluss die Einberufung einer Sondersitzung zu diesem Thema möglich ist;
- der Gesetzentwurf kann in nachfolgende Bundestage erneut eingebracht werden.

Integration von Muslimen

‘Arche‘-Sprecher fordert Aufnahme-Stopp von Flüchtlingen

(IDEA) Dem Sprecher des christlichen Kinder- und Jugendwerkes ‘Die Arche‘ Wolfgang Büscher zufolge ist das System für die Aufnahme von Flüchtlingen kollabiert. So schicken Jugendämter geflüchtete Eltern und deren Kinder zur „Arche“, weil es nicht genug Personal für Deutschkurse gibt und Kitaplätze fehlen. Dennoch fordern die Grünen den Nachzug von Familienangehörigen auch für illegal in Deutschland lebende Geflüchtete.

Um denen helfen zu können, die bereits da sind, braucht es einen Aufnahme-Stopp. Ihn erreichen aus den Arche-Standorten Hilferufe über zunehmende Gewalt. „Viele unserer Jugendlichen gehen in Moscheen, wo ein radikaler Islam gepredigt wird; schon Elfjährige laufen mit Messern herum und die gemäßigten Moscheen nennen sie hier Weicheier-Moscheen.“ Er kritisierte auch die Brennpunktschulen: Manche Jugendliche, die in der ‘Arche‘ betreut werden, besuchen Klassen mit 95% Migrantanteil: „Diese Schüler müssten gleichmäßig umverteilt werden, damit sie sich besser integrieren können.“

Eine ‘Arche‘-Sozialarbeiterin bezeichnete die Integration als gescheitert: „Die Politiker reden und reden und verschließen vor den Problemen die Augen. Es wird eskalieren und einen großen Knall geben.“

Die 33 Einrichtungen der ‘Arche‘ betreuen täglich 7.000 Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und sozial schwachen Familien.

Aufgelesen

Das „C“ gehört zur Leitkultur in Deutschland

(IDEA) Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU belebt neu die Debatte um eine Leitkultur. Diese sei nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar, heißt es in einer Mitteilung der Vereinigung. Darin stellt sie zum Thema eine Argumentationshilfe vor, die sich „hervorragend“ für den Wahlkampf eigne. Im Begriff der „Leitkultur“ werde beschrieben, was eine Gesellschaft zusammenhalte.

Wie es in dem Faltblatt heißt, ist das Grundgesetz Teil der Leitkultur. Aber sie beinhalte noch mehr. Zu ihr gehöre auch das „C“. Die überwiegende Zahl der Verfassungen der Bundesländer und auch das Grundgesetz sprächen von der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das „C“ stehe ganz besonders für den Gottesbezug und die Gottesebenbildlichkeit des Menschen.

Wörtlich heißt es weiter: „Das Gebot der christlichen Nächstenliebe bedeutet zudem gerade auch die Ausübung der Religionsfreiheit und die Achtung anderer Glaubensüberzeugungen.“ Als praktisches Beispiel für die Leitkultur nennt der EAK den Karfreitag, der in Deutschland ein stiller Feiertag ist. Zur Erläuterung: An einem solchen Tag sind unterhaltende Veranstaltungen in der Öffentlichkeit einschließlich Tanz verboten. Dazu heißt es in dem Papier: „In vielen anderen christlich geprägten Ländern auf der Welt ist das nicht der Fall. Unsere gesetzliche Regelung ist Ausdruck unserer gewachsenen Kultur.“

Was sonst noch zur Leitkultur gehört

Als weitere Elemente der Leitkultur werden u. a. aufgeführt: die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die deutsche Sprache, ein lebendiger Gemeinsinn in Frieden und Freiheit, das Bekenntnis zur deutschen Geschichte und zum europäischen Friedensprojekt sowie die Bereitschaft zur Verantwortung und zur Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit.

Die Vereinigung lädt alle demokratischen Kräfte dazu ein, sich konstruktiv an der Debatte um die Leitkultur zu beteiligen.

Das Faltblatt ist kostenfrei bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle in Berlin erhältlich (eak@cdu.de). Bundesvorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel.

Literaturhinweise

CONFESSIO AUGUSTANA (CA)

Das lutherische Magazin mit fundierten Beiträgen zu Religion, Gesellschaft und Kultur wird herausgegeben von der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche, Internet: www.gesellschaft-fuer-mission.de

Freimund-Verlag viermal pro Jahr € 24,80 p.a. zzgl. Versandkosten
Tel.: +49 (0) 987468934-0, E-Mail: kontakt@freimund-verlag.de

IDEA ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind. Sie möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

IDEA Das Magazin erscheint wöchentlich (48 Hefte p.a.) mit aktuellen Informationen, Reportagen und Hintergrundberichten.

Abo-Kosten monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands):

€ 12,50 IDEA Das Magazin (Print Abo)

€ 8,95 IDEA Digital (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 13,50 IDEA PREMIUM (Print- und Digitalabo)

€ 0,00 einmalig die aktuelle Ausgabe zur Probe

Informationen und Bestellungen sind telefonisch, per E-Mail oder Internet möglich: Tel. (06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Veranstaltungshinweise

Ein neuer Mensch? Die Herausforderung des Transhumanismus und die Antwort des christlichen Glaubens

im Geistlichen Rüstzentrum Krelingen, 4.-6 April 2025

im Haus Felsengrund Bad Teinach-Zavelstein 11.-13. April 2025

Veranstalter: Gemeindehilfsbund Tel.05161-911330, E-Mail:

info@gemeindehilfsbund.de

Der 2. Kongress „Leben.Würde“: Gemeinsam für den Schutz des Lebens findet vom 9. bis zum 11. Mai 2025 im Christlichen Gästezentrum „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd statt. Infos und *Anmeldungen zum Kongress unter*

www.schoenblick.de/de/anmeldung-lebenwuerde-2025-fuer-teilnehmer

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken für die Spenden, die Druck und Versand dieses InfoBriefes ermöglichen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

Zum Nachdenken

Wenn ich weiter gesehen habe, dann auf den Schultern von Riesen.

Isaac Newton

Je mehr wir erforscht haben, desto mehr wissen wir auch, wie wenig wir letztlich wissen und verstehen.

Reinhard Ellsel

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten **LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V.** herausgegeben.

ViSdP:

Pfr. Dieter Kuller, Deutschordenshaus, Ägidienplatz 6, 93047 Regensburg. E-Mail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG, BIC: GENODEF1EK1 IBAN DE93 5206 0410 0003 4039 04 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes). Bis € 300 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfr. Dieter Kuller kostenfrei nachbestellt werden.